

Die Durchschnitts-familie

Familie Burbach aus Waldbröl, zwei Kinder, ein Einkommen, in Mark

Monats-einkommen brutto	4713,-
Abzüge gesamt davon...	1302,-
...Steuer	323,-
...Sozialversicherung	979,-
verfügbares Einkommen inkl. Kindergeld	3951,-
Wohnkosten, warm	929,-
Lebensmittel und Kleidung	1500,-
Sonstige Fixkosten	1405,-
zur freien Verfügung	117,-

DER SPIEGEL



B. PAULITSCHKE

Ein Segen für die Familie

Wer Kinder kriegt, zahlt drauf. Das verstößt gegen die Verfassung. Das Karlsruher Urteil zur Pflegeversicherung verlangt einen grundlegenden Wandel in der Familienpolitik. Erziehungsrbeit muss belohnt werden – auch damit der Bevölkerungsschwund gebremst wird.

Der Kanzler hat es natürlich längst geahnt: „Die meisten Fragen, die es heute zu lösen gilt“, verkündete freundlich Gerhard Schröder, „sind auf die eine oder andere Weise mit der Familie verknüpft.“

Auf welche Weise genau, das hat er seit vergangener Woche amtlich. Unter dem Aktenzeichen 1 BvR 1629/94 entschied das Bundesverfassungsgericht den Fall des zehnfachen Familienvaters Alfred Wilhelm Müller aus Trier. Nun ist bei Schröder alles Müller.

Der Kanzler hat zwar Recht: Die Familie steht – wieder – im Mittelpunkt. Aber die

Folgen werden den Regierenden nicht gefallen. Denn was die acht Karlsruher Richter auf 46 Blatt präziser Urteilsbegründung zu Müllers Beschwerden über seinen Versicherungsbeitrag ausführen, ist nicht nur geeignet, die in 20 Jahren Diskussion errungene Pflegeversicherung aus den Angeln zu heben. Die Karlsruher haben zudem den deutschen Generationenvertrag gekündigt.

Über den Familien liegt kein Segen mehr. Weil es nicht mehr genug Kinder gibt, so die Begründung des Verfassungsgerichts, funktioniert das Konzept der von Generation zu Generation weitgereich-



DPA

Familie Ilka, 33, und Reinhold Burbach, 41, mit Nadine, 10, und Miriam, 9.

Wenn sie mit 3951 Mark im Monat auskommen will, muss Ilka Burbach genau rechnen. Eigentlich sollten immer 200 Mark übrig bleiben für Extras wie einen Ausflug, doch „das Geld ist immer wieder weg“, sagt die ehemalige Arzthelferin. Als vor zehn Jahren Nadine, die Älteste, kam, hatten es Ilka Burbach und ihr Ehemann Reinhold, 41, der bei der Verwaltung des Oberbergischen Kreises als Angestellter arbeitet, darauf angelegt. Das zweite Kind war nicht geplant. Seither ist das Geld immer knapp. In diesen Sommerferien fahren sie ins Allgäu, und in den nächsten zwei Jahren ist der Urlaub gestrichen. Ein Kanal wird nämlich gerade zu ihrem über 110 Jahre alten Fachwerkhaus gelegt – das wird teuer. Und der neue Anbau muss auch noch mit 609 Mark monatlich abbezahlt werden. Nur auf Raten konnten sie sich ihr neues Auto leisten. Zuverdienen kann Ilka Burbach nicht. Im Bergischen Land sind die Nebenjobs Mangelware. Und dann bräuchte sie auch einen eigenen Wagen: „Dann würde ich doch nur noch fürs Auto arbeiten gehen.“



Familie um 1910: „Tiefes existenzielles Bedürfnis“

ten Verantwortung für die Schwachen und Alten nicht. Das aber ist das Konzept, auf dem neben der Pflegeversicherung auch die Rentenversicherung und zum großen Teil die Krankenversicherung ruht.

Wenn ein Organist namens Müller aus Trier mit seiner Frau die Verantwortung für zehn kleine Versorger der nächsten Generation auf sich nimmt, dann ist es ungerecht, dem Mann auch noch 109,65 Mark für die Pflegeversicherung aus der Tasche

zu ziehen. Ungerecht ist das vor allem, weil währenddessen die Doppelverdiener ohne Kinder ihre Einkommensüberhänge verprassen. So urteilen die Richter. Und der Streitwert der Sache erhöht sich von 109,65 Mark nun schnell auf zweistellige Milliardenbeträge.

Was für Müller gilt, muss nach einem Ultimatum des Gerichts bis 2004 auch für alle anderen Eltern gelten. Egal, ob sie Pflege-, Kranken- oder Rentenversicherung bezahlen: Wer mit der Aufzucht von Kindern zur nächsten Generation beiträgt, muss von Beiträgen für die Generationenkasse zumindest teilweise befreit sein.

Das System gerät ins Wanken – ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, da sich Regierung wie Opposition auf einen fetzigen Sozial-Wahlkampf einschließen wollten.

Familiengeld, Erziehungsgehalt, Grundversicherung für Kinder – schon jetzt übertrumpfen sich Politiker aller Parteien mit immer neuen, immer teureren Vorschlä-

gen, wie der ausgebeuteten Familie endlich mehr Gerechtigkeit widerfahren soll.

Über die Wut vernachlässigter Familien, so erfuhr CDU-Chefin Angela Merkel, kann eine ganze Regierung stürzen. 1998 habe die Union die Bundestagswahl nicht zuletzt deshalb verloren, weil sie sich „immer mehr vom konkreten Leben der Menschen entfernt hatte“. Besonders spürbar sei das in einem Bereich geworden, „von dem jeder Mensch in der einen oder anderen Weise betroffen ist – in der Familienpolitik“.

Nun trifft es die rot-grüne Regierung. Noch beim Familienurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1998, das den Steuergesetzgeber zu höheren Kinderfreibeträgen verdonnerte, hatte der damalige Finanzminister Oskar Lafontaine ausgerechnet, die Operation Karlsruhe koste „mindestens 22 Milliarden Mark“. Ein paar Milliarden davon haben die Rot-Grünen mittlerweile tatsächlich aufgebracht.

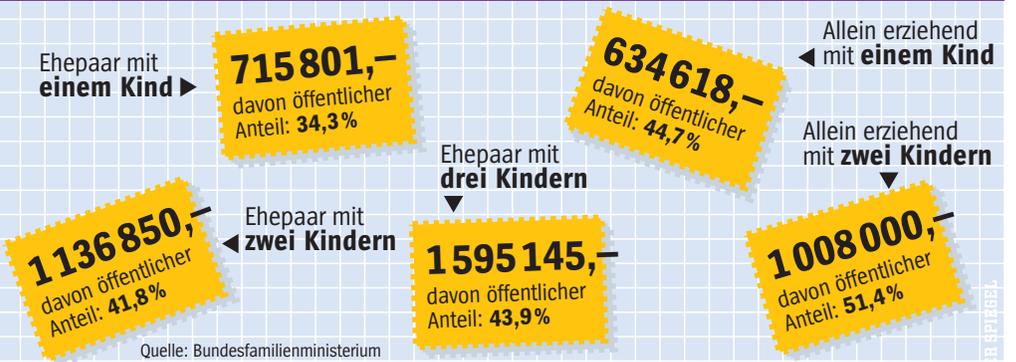
Und während sie noch darüber rechten und rechnen, wie viel sie gemäß dem damaligen Ultimatum bis 2002 für den Fami-

* Am Dienstag vergangener Woche in Karlsruhe.

Verfassungsrichter bei der Verkündung des Familienurteils*: Gefahr für den Bestand des deutschen Volks



Was Kinder kosten Summe aller öffentlichen und privaten Aufwendungen in Mark*



Quelle: Bundesfamilienministerium
* von der Geburt des ersten Kindes bis zum 18. Lebensjahr des jüngsten Kindes; 1996; alte Bundesländer

DEP SPIEGEL



Familienpolitiker Schröder, Zuhörer*
Wie macht man Kinder?

lienlastenausgleich einplanen müssen, kommt nun der zweite, bislang schwerste Schlag aus der Zitadelle des Rechts. Was das kostet, mag niemand mehr ausrechnen.

Die Ahnung: Mit Zahlen allein ist es nicht mehr getan. Diesmal lässt sich der Familiensegen nicht mit Geld gerade hängen. Das Karlsruher Urteil ist das böse Schlusswort zu den seit Jahren immer wieder vom Verfassungsgericht erhobenen Mahnungen: Die Politik hat die Familie in verfassungswidriger Weise verkommen lassen.

Nach Artikel 6 des Grundgesetzes steht die private Keimzelle der Gesellschaft unter dem Schutz des Staats. Das gilt nicht zuletzt deshalb, weil die Familien in der einen oder anderen Weise die Verantwortung für die nächste Generation in Deutschland tragen. Dass der Staat sich darum seit Jahrzehnten einen Teufel schert, bezeichnete der Ex-Verfassungsrichter Paul Kirchhof als einen „Skandal des Rechtsstaats“.

Die ernststen Neuigkeiten aus Karlsruhe beantwortete Berlin mit bewährter Is-was-Dreistigkeit: Ulla Schmidt, die neue Ge-

sundheitsministerin der SPD, verkündete nach dem Urteilspruch allen Ernstes: „Bundesverfassungsgericht bestätigt Pflegeversicherung“

Intern erregte sich die Singlefrau mächtig über das anscheinend praxisferne Urteil des Gerichts: Sie könne überhaupt nicht einsehen, warum es Familie Müller für benachteiligt halte, schließlich seien die zehn Kinder allesamt beitragsfrei mitversichert.

Der Sozialstaat – ein Schnäppchen für Kinderreiche?

Ulla Schmidt hat das Urteil ebenso wenig kapiert wie der um seine Rentenreform besorgte Arbeitsminister Walter Riester. Der fühlte sich von der Karlsruher Entscheidung nicht mal angesprochen.

In der Rentenversicherung sei bereits „exakt umgesetzt“, was Karlsruhe in den vergangenen Jahren gefordert habe. Das jüngste Urteil beziehe sich „ausschließlich auf die Pflegeversicherung“, mögliche Rückwirkungen für die Rente würden „mit Gemach geprüft“. Im Übrigen habe die Regierung „die demografischen Probleme bei der Rentenversicherung jetzt sehr langfristig gelöst“.

Is was? Die Richter lassen keinen Zweifel daran, dass das Verdikt sich nur deshalb auf die Pflegeversicherung bezieht, weil sie gerade keinen passenden anderen Fall zur Entscheidung hatten. Doch nahezu jeder Satz des Urteils richtet sich direkt an Walter Riester.

Das Verfassungsgericht konstatiert ein demografisches Desaster, an dem alle sozialen Sicherungssysteme, nicht nur die Pflege, zu zerbrechen drohen. Der „Bestand“, so heißt es in dem Urteil, sei nicht mehr gesichert. So pathetisch das klingen mag: Es geht um den Bestand des deutschen Volks.

Wer da wie Riester weiter wursteln will, verschärft die Ungerechtigkeit, die dem Orgelspieler Müller widerfuhr, um das Millionenfache. Karlsruhe erklärte den Berlinern die familienpolitische Zwickmühle: Je weniger Kinder es gibt, desto ungerechter ist das Umlagesystem der Sozialversicherungen. Und je ungerechter die wenigen, die noch Kinder aufziehen, behandelt werden – desto weniger Kinder wird es geben.

Riesters Rente ist da das beste Beispiel. Kinder zu haben ist in der Rentenversicherung ein schlechtes Geschäft.

Während der Nachwuchs in späteren Jahren die Leistungen aller, auch der kinderlosen Senioren, sichern hilft, konzentrieren sich alle Nachteile bei den Eltern: Sie zahlen für Erziehung und Unterhalt der Kleinen, hören während der ersten Lebensjahre meist ganz oder teilweise auf zu arbeiten und büßen deshalb nicht nur Lohneinkünfte, sondern auch noch einen erheblichen Teil ihrer Rentenansprüche ein.

Wie das im Alter durchschlägt, zeigen die aktuellen Einkommensstatistiken der Rentenversicherung. Für Senioren-Ehe-

Kinderkrippe in Ost-Berlin (1990): Die Angst der Eltern vor der Zukunft



* Am 22. März auf der Cebit in Hannover.

Teure Vorsorge

Beitragssätze und Bemessungsgrenzen der Sozialversicherungen

Quelle: VDR, BA, BMG, BMA
*2000

	Beitragssatz 2001 Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil	Beitragsbemessungsgrenze 2001 bei einem monatlichen Bruttoeinkommen in Mark		Beitragseinnahmen 2000 in Mark
		Westdeutschland	Ostdeutschland	
Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	19,1 %	8700	7300	317,2 Mrd.
Gesetzliche Krankenversicherung	13,8 % *	6525	6525	254,2 Mrd.
Pflegeversicherung	1,7 %	6525	6525	32,4 Mrd.
Arbeitslosenversicherung	6,5 %	8700	7300	90,7 Mrd.



G. PETERSEN / JOKER

Babys mit Müttern und Pflegerinnen (im Aachener Geburtshaus): „Kinder kriegen die Leute sowieso“

paare gilt: Wer keine Kinder zu versorgen hatte, kommt im Durchschnitt auf Rentenansprüche von knapp 3400 Mark. Paare mit mehr als fünf Kindern müssen sich mit einem Altersgeld von rund 2300 Mark zufrieden geben, fast ein Drittel weniger.

Als Geprellte des Systems müssen sich vor allem die Mütter fühlen. Eine Frau, die drei Kinder großzieht, verhilft der gesetzlichen Altersversicherung langfristig zu zusätzlichen Beitragseinnahmen von über zwei Millionen Mark. So viel nämlich werden ihre drei Zöglinge später einmal der Alterskasse einbringen, wenn sie 40 Jahre lang arbeiten, durchschnittlich verdienen und regelmäßig ihre Beiträge abführen.

Den Müttern entlohnt der Staat den Dienst an der Zukunft seines Sozialsystems jedoch nur mit dürftigsten Almosen. Drei Kinder sind der Alterskasse derzeit ganze neun so genannte Erziehungsjahre wert, die sich im Alter zu einem Rentenanspruch von derzeit 450 Mark summieren; vorausgesetzt die Rentenkasse ist in 30 Jahren überhaupt noch zahlungsfähig.

Obendrein kommen nur solche Frauen in den Genuss dieser Kinderprämie, deren Sprösslinge jünger als zehn Jahre sind. Würden die Kinder früher geboren, schneiden die Mütter sogar noch schlechter ab.

Is was, Riester? Annette Erös, Lehrerin für Mathe und Geschichte aus dem bayerischen Mintraching, hat in den vergangenen 20 Jahren fünf Kinder erzogen, alle vor 1992 geboren. Ihre drei Söhne sind inzwischen volljährig, die Zwillingstöchter sind gerade zehn Jahre alt.

Der jahrelange Erziehungsjob (Erös: „14 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche“) wird ihr nach der herrschenden Rechtslage im Alter einen Rentenanspruch von wenigen hundert Mark im Monat eintragen, einen Betrag weit unterhalb der Armutsschwelle.

Der massive Beitrag der Frau zur Erfüllung des Generationenvertrags, die Sorge um die künftigen Beitragszahler der Alters-, Kranken- und Pflegekasse, wird von der Politik schlechter behandelt als das steuerbegünstigte Hobby der Hundezucht.

Frau Erös muss dieselben Sozialabgaben zahlen wie alle Arbeitnehmer, seit sie an einer Sonderschule wieder für zehn Stunden die Woche unterrichtet. Von ihrem Bruttogehalt von rund 3000 Mark gehen fast 650 Mark Sozialabgaben ab, davon allein 300 Mark Rentenbeitrag. „Da vergleicht man schon“, sagt sie, „wie es finanziell ohne Kinder ausgesehen hätte.“

Kein Wunder, dass viele Frauen aus dem Vergleich andere Schlüsse ziehen als Annette Erös. Seit 25 Jahren sind die Deutschen nicht mehr so gebärfreudig wie früher. Derzeit bringen 100 Frauen im Durchschnitt 140 Kinder zur Welt, zu wenig, um die Bevölkerungszahl stabil zu halten. Noch schlechter ist die Relation nur in Italien oder Spanien (siehe Seite 108).

Die Babyklücke wird schon in wenigen Jahrzehnten dramatische Konsequenzen haben. Denn es wachsen immer weniger Junge nach, die den staatlichen Transferpotopf mit Beiträgen füllen könnten. Außerdem kommen gerade dann die geburten-

Die kinderlosen Doppelverdiener

Ehepaar Klein aus Keidelheim, zwei Einkommen, in Mark

Monats-einkommen brutto	10 500,-
Abzüge gesamt davon...	3 883,-
...Steuer	2 574,-
...Sozialversicherung	1 309,-
verfügbares Einkommen	6 617,-
Eigenheim	2 600,-
Lebensmittel und Kleidung	1 700,-
Sonstige Fixkosten	1 350,-
zur freien Verfügung	967,-

DER SPIEGEL

Seit drei Monaten führt die Biologielaborantin Elke Klein, 37, ein Haushaltsbuch. „Ich wollte mal sehen, wo das Geld bleibt“, sagt sie. Denn obwohl auf ihren Lohnzetteln gutes Geld steht: Was bei Elke Klein und ihrem Ehemann Johannes, 40, – einem der viel beneideten Doppelverdienerpaare ohne Kinder – am Monatsende übrig bleibt, reicht nicht fürs Prassen. Da sind vor allem die langen Wege zur Arbeit, die ins Geld gehen. Jeden Tag fährt Elke Klein von ihrem Wohnort Keidelheim im Hunsrück nach Ingelheim ins Labor – macht 130 Kilometer hin und zurück. Manchmal über-

legt sie dann, ob sie sich ihren geliebten Beruf überhaupt leisten kann. Auch ihr Mann, Grund- und Hauptschullehrer, kommt auf über 30 Kilometer am Tag. Gern hätten sie Kinder gehabt, aber es hat nicht geklappt. „Irgendwann“, seufzt Johannes Klein, „haben wir uns damit abgefunden.“ Beide halten es für richtig, dass Familien mit Kindern auch bei der Pflegeversicherung besser gestellt werden sollen. Dennoch – da bleibt ein Rest Bitterkeit. Denn eigentlich, sagt Johannes Klein, ist das doch „eine zusätzliche Bestrafung“ dafür, dass man keine Kinder haben kann.

Widersinnige Wirkungen

Das Karlsruher Urteil kollidiert mit den traditionellen Prinzipien des Sozialstaats.

So überzeugend die Richter begründet haben, warum die Sozialbeiträge künftig an die Kinderzahl gekoppelt werden sollten, so schwierig wird es nun, die Juristenidee in Paragrafen zu gießen. Schon bei ihren ersten Plandebatten war den Beamten in Gesundheits- und Arbeitsministerium schnell klar: Was Karlsruhe da gefordert hat, passt schlecht zu den traditionellen Prinzipien der Sozialversicherung – von den Regierungszielen ganz zu schweigen.

Würden die Beitragssätze zum Beispiel einfach nach der Kinderzahl gestaffelt – der erste Vorschlag nach dem Urteilsspruch –, würde das auf dem Arbeitsmarkt zu kuriosen Verwerfungen führen. Weil die Unternehmen die Beiträge zur Hälfte mitbezah-

gaben in Höhe von rund 1200 Mark jährlich sparen.

Ein ähnliches Modell legt diese Woche der CDU-Sozialexperte Andreas Storm vor. Das erste durchgerechnete Konzept für einen „Familienrabatt“ in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sieht vor: Wer Kinder erzieht, erhält einen Beitragsnachlass von zehn Prozent je Kind. Die vierköpfige Familie eines Durchschnittsverdieners würde das im Monat um rund 181 Mark an Sozialbeiträgen entlasten. Finanzieren will Storm die Vergünstigung mit Hilfe einer neu zu schaffenden „Familien-Solidar-Versicherung“, in die Arbeitgeber und kinderlose Beschäftigte gemeinsam rund 1,2 Prozent der Löhne einzahlen sollen.

Das ist der Haken des Karlsruher Richterspruchs: Was Familien und Alleinerziehenden zusätzlich netto in die Tasche fließt, fehlt auf der anderen Seite den Sozialversicherungen. Allein der Pflegekasse, schätzen Regierungsexperten, entzöge die neue Babyhilfe etwa 1,6 Milliarden Mark, bei der Rente fiele sogar der zehnfache Betrag aus.

Um die Lücken zu stopfen, bleiben der Regierung zwei Möglichkeiten: Entweder werden die Steuern erhöht oder die Sozialbeiträge – beides keine besonders erfreulichen Alternativen. Schließlich hatte die Regierung gerade erst bekräftigt, in den nächsten Jahren die Abgaben weiter senken zu wollen.

Kollidieren würde das Konzept auch mit zahlreichen heiligen Prinzipien des Sozialstaats. So galt in der Rentenversicherung bislang der eherne Grundsatz, dass es für gleiche Beiträge auch gleiche Leistungen geben muss. Dieses „Äquivalenzprinzip“, wie es die Sozialexperten gern nennen, wäre durchbrochen, wenn Eltern sich mit niedrigeren Beiträgen dieselben Leistungen sichern könnten wie Kinderlose.

Doch es gibt noch mehr Widersprüche. Nach dem Karlsruher Urteil würde der Beitragsrabatt nur für Arbeiter und Angestellte gelten, nicht aber für Beamte. Logisch ist das freilich nicht. Denn auch der Staatsdiener-Sohn wird einmal die Rentenkasse fül-

len, wenn er später einen Job in der freien Wirtschaft annimmt.

Ähnlich widersinnig wirkt, dass eine Umsetzung des Richterspruchs gerade die betuchtesten Singles aus manchem Sozialstaatszweig vertreiben könnte. Gutverdiener nämlich können wählen, ob sie sich privat oder gesetzlich gegen Krankheit und Pflegerisiko versichern wollen. Hebt die Regierung nun zum Ausgleich der Kinderhilfe den gesetzlichen Pflegebeitrag an, würden noch mehr Versicherte zur privaten Konkurrenz wechseln als bisher schon. Den Nachteil hätten vor allem kinderreiche Familien, die in der gesetzlichen Pflegekasse bleiben müssen.

Schon reift unter den Sozialpolitikern die Erkenntnis: Soll der Richterspruch wirklich umgesetzt werden, muss der Sozialstaat tief greifender umgebaut werden als anfangs gedacht. „Der logische Schritt wäre eine Volksversicherung, in die auch Beamte und Selbständige einbezogen werden“, fordert etwa der Darmstädter Sozialexperte Bert Rürup.



G. SCHONHARTING / OSTKREUZ

Sozialminister Ruster
Milliarden-Lücke bei der Rente?

len, hätten die Betriebe künftig für Erziehende geringere Lohnkosten als für Kinderlose.

Das Konzept war rasch vom Tisch. Stattdessen planen die Sozialpolitiker nun, einen neuen Freibetrag einzuführen. Eltern könnten danach die Mindest-Lebenshaltungskosten eines Sprösslings von 7000 Mark jährlich nicht nur bei der Steuer, sondern auch bei den Sozialbeiträgen absetzen. Für einen Durchschnittsverdiener mit einem Kind hieße das: Statt auf sein Bruttogehalt von 50 000 Mark bräuchte er künftig nur für ein Einkommen von 43 000 Mark Pflege-, Kranken- oder Rentenbeiträge abzuführen. Die Kosten für den Arbeitgeber blieben gleich, aber der Versicherte würde Sozialab-



Rentner (in Husum)

Fehler im Generationenvertrag

starken Jahrgänge der fünfziger und sechziger Jahre ins Seniorenalter, brauchen mehr Pflege und Betreuung, zusätzliche Altenheimplätze und Medikamente.

Die Soziallast der künftigen Generationen wird so immer größer. Heute müssen 100 Personen im Erwerbsalter rund 22 Alte ernähren. Im Jahr 2035 werden es mehr als doppelt so viele Alte sein.

„DIE VERFASSUNGSHÜTER HABEN ZWAR ÜBER DIE PFLEGE GEURTEILT, ABER SIE HABEN DIE RENTE GEMEINT“

Vor welchen Alternativen die Deutschen stehen, wollen sie ihre Sozialsysteme weiter betreiben wie bisher, hat den Karlsruher Richtern der Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg ausgemalt. Entweder, so rechnete der Professor vor, bringen alle Frauen im gebärfähigen Alter in den nächsten Jahrzehnten im Schnitt 3,8 Kinder zur Welt. Oder es müssten in den nächsten 50 Jahren rund 188 Millionen junge Ausländer einwandern – oder das Rentenalter stiege langfristig auf 73 Jahre.

Sonderlich realistisch ist wohl keine der Alternativen. Für die Richter war damit klar: Die umlagefinanzierten Sozialsysteme können unmöglich so bleiben, wie sie heute sind. Künftig, so urteilten sie, müssten Eltern zunächst beim Beitrag für die Pflegeversicherung entlastet werden. Zudem müsse der Gesetzgeber in den nächsten drei Jahren prüfen, ob das Prinzip auch in

anderen Zweigen der Sozialversicherungen umgesetzt werden muss.

Welche Versicherung die Richter da im Blick haben, ist unter Experten völlig unstrittig: Die staatliche Rentenkasse leidet unter exakt denselben Problemen wie die Pflegeversicherung, dafür ist ihr finanzielles Gewicht viel größer. Der gesetzliche Alterstopf schüttet jedes Jahr rund 370 Milliarden Mark an Leistungen aus, mehr als zehnmal so viel wie die Pflegeversicherung. „Die Verfassungshüter“, ist sich der Darmstädter Sozialrichter Jürgen Borchert sicher, „haben zwar über die Pflege geurteilt, aber sie haben die Rente gemeint.“ Auch für die staatlichen Alterskassen gilt: Kinder zu erziehen ist eine „eigene konstitutive Leistung“ wie der gezahlte Beitrag.

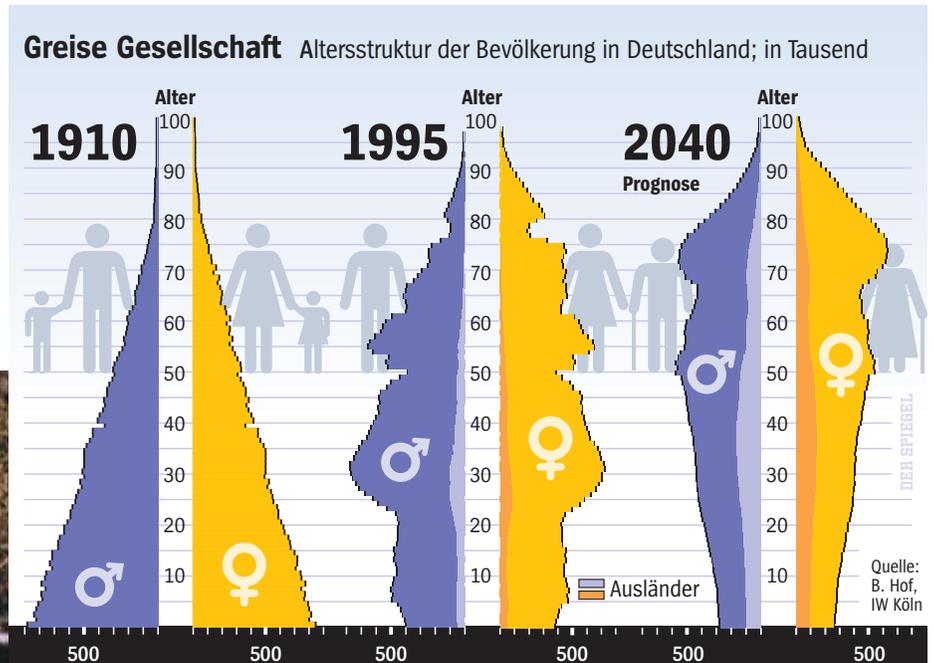
Diese Feststellung im reinsten Verfassungsrichterdeutsch bezeichnet tatsächlich einen Wendepunkt in der deutschen Familienpolitik. Es ist die Abwendung von ei-

nem der beiden großen Missverständnisse aus der Gründerzeit der Bundesrepublik.

Das eine Missverständnis betraf die Ansicht, Gottes Natur, Flüsse und frische Luft stünden für den Wiederaufbau im Land unbegrenzt und gratis zur Verfügung. Mit der Erfindung des Umweltschutzes klärte sich das – in der einen oder anderen Weise – auf. Das andere Missverständnis betraf die sozialen Ressourcen und wurde, wie so vieles, trefflich zusammengefasst vom großen Schröder-Vorgänger Konrad Adenauer: „Kinder kriegen die Leute sowieso.“

Auf diese scheinbar gesicherte Erkenntnis wurde 1957 die Rentenversicherung als Umlagemodell neu installiert. Vaters Altersversorgung, früher mal Sache der Kinder, war aus der Familie herausgelöst und der Rentenkasse übertragen.

So kam es nicht mehr darauf an, dass Vater Kinder zeugte. Wenn er nur seine Rentenbeiträge bezahlte, war seine Rente sicher. Da es ja Kinder sowieso gab, mussten dann halt künftig die Kinder der anderen



Väter Rente zahlen. Und weil das so einleuchtend war, wurde auf diesem kollektiven Generationenvertrag das gesamte Sozialsystem der Bundesrepublik gegründet.

Die Konstruktionsfehler wurden erst später deutlich. Den einen geißelte wiederholt das Verfassungsgericht: Den Müttern, die Kinder gebären und erziehen und gerade deshalb keine Rentenbeiträge einzahlen können, ist zwar die Geschäftsgrundlage des Generationenvertrags anvertraut, dafür haben sie aber zum Schluss keinen Anspruch auf eine eigene Rente. Bis heute ist dieser Missstand nur mit geringfügigen Verbesserungen abgemildert.

Den zweiten Fehler macht nun abermals das Verfassungsgericht in seiner neuen spektakulären Entscheidung zum Thema: Durch das kollektive Rentensystem wird



Mutter Stegmann mit Tochter Laura: Montags Luft holen

R. FROMMANN / LAIF

Seit acht Monaten lebt Marie Stegmann, 32, mit ihrer Tochter Laura, 3, allein. Den Alltag empfindet sie seither als ein ständiges Ringen mit knappen Ressourcen: zu wenig Zeit, zu wenig Geld. Stegmann arbeitet in Hamburg als freiberufliche Atem-, Sprech- und Stimmlehrerin. Arbeiten kann sie aber nur bis 15 Uhr – solange Laura in der Kita ist. Wie genau sie kalkulieren muss, wird ihr besonders in der knap-

pen Freizeit bewusst. „Einen Sprach- oder Gymnastikkursus, um Leute kennen zu lernen, kann ich mir nicht leisten“, sagt sie. Selbst ein Kneipenabend mit Freunden ist Luxus, wenn sie einen Babysitter bezahlen muss. Kleidung kauft sie in Secondhand-Läden, oder sie näht selbst. Auch für die neue Wohnung, die sie nach der Trennung einrichten muss, hat sie vieles selbst geschreinernt oder gebraucht gekauft.

Bei größeren Anschaffungen wie etwa einem Kinderbett für Laura springt Stegmanns Vater ein. Als Alleinerziehende, meint Stegmann, lebt man in zwei nicht zu vereinbarenden Rollen: Als Frau ohne Partner möchte sie ausgehen, Leute kennen lernen; als Alleinversorgerin aber ist sie rund um die Uhr für Laura in der Verantwortung. Luft holen? Montags und jedes zweite Wochenende – da ist Laura beim Vater.

Die Allein-erziehende

Marie Stegmann aus Hamburg, eine Tochter, Einkommen in Mark

Durchschnittliches Monatseinkommen brutto	4732,-
Abzüge gesamt davon...	1676,-
...Steuer	1041,-
...Sozialversicherung	635,-
verfügbares Einkommen inkl. Kindergeld und Unterhalt	3716,-
Miete, beruflich und privat	1644,-
Lebensmittel und Kleidung	1100,-
Sonstige Fixkosten	867,-
zur freien Verfügung	105,-

DER SPIEGEL

für den Einzelnen das Kinderkriegen überflüssig – der alte Adenauer-Satz stimmt nicht. Viel bequemer ist es, so zeigen es die Dinks (Double income no kids), das Kinderkriegen den Dummen zu überlassen.

Der fatale Funktionsverlust der Familie als Erwerbs- und Versorgungsgemeinschaft wurde durch die Errungenschaften des Sozialstaats noch beschleunigt. Je umfassender kollektive Sicherungssysteme die Risiken des Lebens abdeckten, umso einfacher fiel dem Einzelnen, aus der Familie auszubrechen, ohne unterzugehen. So leidet der Sozialstaat heute unter einer Entwicklung, die er selbst in Gang gesetzt hat.

Dann eroberten die Frauen die Hochschulen und die Welt der qualifizierten Berufe. Der Ehemann als Versorger verlor an Bedeutung. Eine Familie ohne Vater – das konnte man als Glück ansehen oder als Unglück. Manche SPD-Sozialpolitiker fanden es zeitgemäß, die Lebensform allein erziehender Mütter als Ausdruck von Befreiung und Zukunftsfähigkeit zu betrachten.

Ökonomisch betrachtet ist die Familie, aus der Sicht des Einzelnen, heute nicht mehr nötig. Die Familienbande bringen nicht mehr Absicherung, sondern nichts als Probleme.

Der fromme Satz von den Kindern, die es sowieso gibt, wie Luft und Sonne und blauen Himmel, entfaltete eine soziale Zer-

störungskraft. „Die Nutzen der Kindererziehung werden sozialisiert“, klagt der Augsburger Wirtschaftsprofessor Heinz Lampert, „ihre Kosten dagegen privatisiert.“

Der emeritierte Ökonom ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfamilienministeriums. Er und seine Kollegen haben ausgerechnet, wie viel Familie und Staat die Erziehung von Kindern innerhalb von 18 Jahren kostet. Das Ergebnis: Fast immer liegt der Anteil, den die Familien tragen, höher als der Anteil, den die öffentliche Hand übernimmt.

„DIE NUTZEN DER KINDERERZIEHUNG WERDEN SOZIALISIERT, IHRE KOSTEN DAGEGEN PRIVATISIERT“

Bei einem Ehepaar mit einem Kind zum Beispiel summieren sich die gesamten Aufwendungen auf rund 716 000 Mark. Davon trägt der Staat ein Drittel: direkt in Form von Kindergeld oder Erziehungsgeld und indirekt als Steuerfreibetrag oder kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse.

Den größten Teil jedoch, rund 470 000 Mark, muss die Familie selbst aufbringen: 153 000 Mark kostet sie Kleidung oder Ernährung der Sprösslinge, mit 316 000 Mark haben die Wissenschaftler den Zeit-

aufwand bewertet, den die Eltern über die Jahre hinweg in die Betreuung der Kleinen investieren: fürs Windelnwechseln, Wäscheschwaschen oder Essenzubereiten.

Je nach Familientyp können diese privaten Kosten Summen bedeuten, mit denen leicht ein schickes Eigenheim zu finanzieren ist: Bis zu 894 000 Mark entspricht der Erziehungsaufwand für ein Ehepaar mit drei Kindern.

Diesen Aufwand können sich die meisten Familien nur erlauben, wenn sie auf jede Mark achten – und auf allerlei Annehmlichkeiten verzichten, die für viele Kinderlose selbstverständlich sind, wie den Sardinientrip. „Es ist nicht zu begründen“, kritisiert die Sachverständigenkommission des Bundesfamilienministeriums im 10. Kinder-

Jugendbericht, „dass Eltern weniger Möglichkeiten haben sollen als Menschen aus der kinderlosen Vergleichsgruppe, erholsamen Urlaub zu machen, sich Bücher zu kaufen oder ins Theater zu gehen.“

Die Ungerechtigkeit, die nun das Verfassungsgericht rügt, ist schon lange aktenkundig. Eine Studie des Statistischen Landesamts in Baden-Württemberg hat 1998 nachgewiesen, dass junge Ehepaare mit Kindern „deutliche Einkommensnachteile“ in Kauf nehmen müssen. Sie verfügen mit

Wie zeugungsfähig ist Vater Staat?

In Europa sinken die Geburtenraten, aber mit unterschiedlichem Tempo.

Sieht so die Todeskurve eines Volkes aus? Scheinbar unaufhaltsam sinkt die Geburtenrate in Deutschland. Kamen im Jahr 1900 pro 1000 Einwohner 36 Kinder zur Welt, so waren es am Ende des Jahrhunderts nur noch 9. Und in 100 Jahren, bei Anhalten dieser Entwicklung – werden dann Geburten in einem Greisenstaat bestaunte Wunder?

Doch bei genauem Hinsehen zeigt sich, dass der Geburtenrückgang alles andere als stetig verläuft: Die beiden Weltkriege brachten drastische Rückgänge der Geburten, die sich in Friedenszeiten dem Vorkriegsniveau wieder annäherten. An besonderen Hilfsprogrammen des Staates lag das nicht: Weder die Weimarer Republik nach dem Ersten Weltkrieg noch die Politiker der Ära Adenauer fielen durch Familienförderung auf. Auch der Babyboom der fünfziger und sechziger Jahre, die letzte Phase vor der Steuerung des Kinderkriegens durch die Pille, hat wenig mit Vater Staat und viel mit ökonomischem Optimismus, dem „Wirtschaftswunder“, zu tun.

Ob Paare Kinder bekommen, bestimmen Geschichte, Kultur, Stand der Empfängnisverhütung und die berufliche Emanzipation der Frau. Welche Chancen hat der Staat überhaupt, wirksame Anreize fürs Kinderkriegen zu schaffen?

In Deutschland lassen sich mehr oder weniger deutliche Auswirkungen staatlicher Initiativen zur Hebung der Geburtenrate an zwei Stellen entdecken:

Die Propaganda der Nazis mit ihrer rassistisch geprägten Feier des Kinderreichs („Mutterkreuz“) trug bis zum

Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dazu bei, die Geburtenrate zu steigern – doch die Spitzenwerte der verhassten Weimarer Republik wurden nicht mehr erreicht.

Seit Anfang der siebziger Jahre intensivierte die DDR ihre Familienpolitik, und es gab einen Coup in Sachen Gebären: Das SED-Regime unterstützte junge Familien in vielfacher Hinsicht, zum Beispiel bei der Wohnungssuche – da kam Bewegung in die Wiegen.

Staatliche Förderung hin oder her – in Westeuropa sinken die Geburtenraten, allerdings in bemerkenswert unterschiedlichem Tempo.

Besonders düster sieht es in den Mittelmeerländern Spanien und Italien aus, einst katholisch geprägte Hochburgen von Großfamilien, in denen Großmutter, gestresste Töchter und jede Menge Enkel unter einem Dach lebten.

Landflucht und Individualisierung machten dieser überkommenen Lebensform ein Ende. Spanien hat heute weltweit die niedrigste Geburtenrate. Seit Ende des Franco-Regimes begannen immer mehr Frauen eine berufliche Karriere, und immer weniger junge Leute scherten sich um Verhütungsverbote des Papstes. Frauen nennen, in jüngsten Umfragen, die Hauptgründe für ihre Kinderzurückhaltung: schlechte Finanzen und die zu hohe Belastung durch Erziehung.

Die Regierung kümmerte sich bislang wenig um Unterstützung, 0,4 Prozent des Inlandsprodukts lässt Spanien Familien zukommen, der EU-Durchschnitt beträgt 2,2 Prozent. Erst jetzt gedenkt der konservative Regierungschef José María Aznar, mit Steuererleichterungen und mehr Betreuungsplätzen zu helfen.

In Italien sind Kinder gänzlich aus der Mode. Die Italienerin ist mit 1,2 Kindern

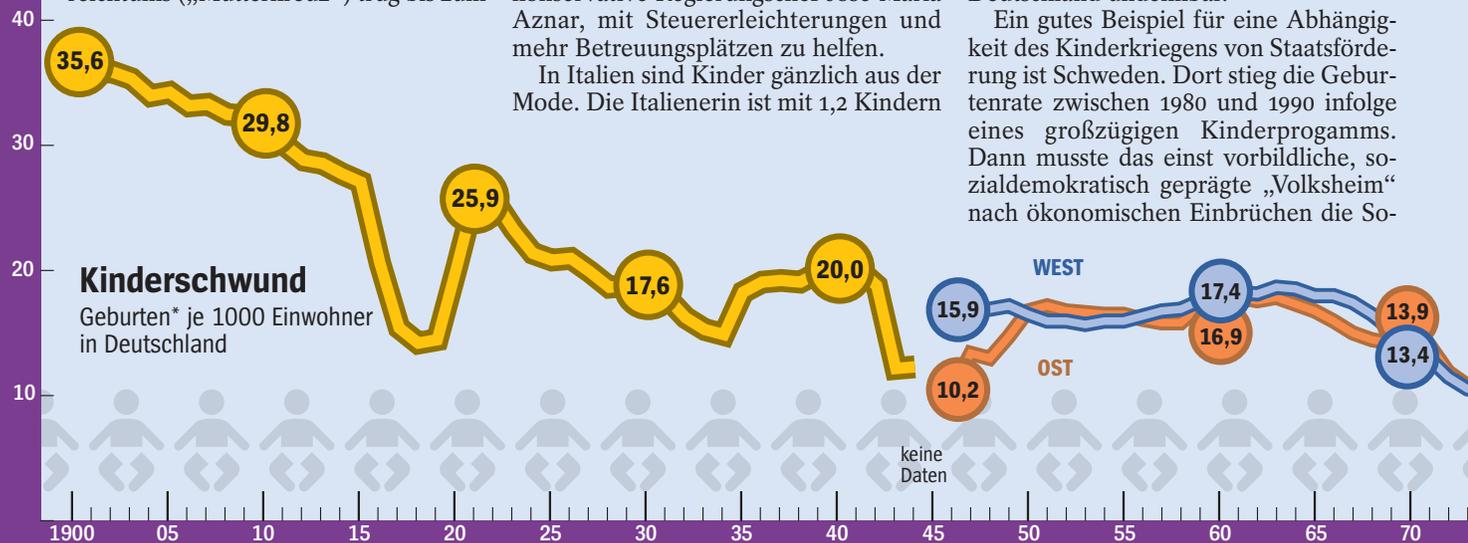
annähernd so geburtenschwach wie die Spanierin. „La mamma“ wird ein Auslaufmodell – einer der Gründe: Weil die Mütter es ihren Söhnen so nett machen, bleiben die Jungs bis ins beste Mannesalter von 35 zu Hause. Ihre Großväter hatten als Mitteldreißiger oft schon ein Dutzend Bambini. Wenn die „mammoni“ (Muttersöhnchen) das häusliche Kinderzimmer verlassen, treffen sie reichlich spät auf dem Heiratsmarkt ein. Und dann braucht das italienische Paar statt Kindern erst mal ein Auto, zwei oder mehr Handys, schicke Klamotten.

Ganz anders die Lage in dem ebenfalls katholischen Frankreich. Im vergangenen Jahr gab es dort den höchsten Geburtenzuwachs in der EU. Der Abwärtstrend ist seit rund einem Jahrzehnt gebremst, die Fruchtbarkeit liegt derzeit bei 1,89 Kindern pro Frau gegenüber 1,71 vor fünf Jahren.

Das Klima in Frankreich ist kinderfreundlicher geworden. Wer einen Staubsauger verkaufen will, zeigt im Reklamespot am besten einen Mann am Gerät: Haushalt und Familie sind keine Frauensache mehr – die französische Öffentlichkeit hat es offenbar begriffen.

Dazu kommt eine relativ großzügige Familienpolitik. Frankreich ist erheblich besser mit Krippenplätzen ausgestattet als Deutschland, Ganztagsbetreuung von der Vorschule bis zum Abitur ist garantiert. Die Folgen: 70 Prozent aller Französinen sind berufstätig. Und die Mütter von drei Kindern haben zu sensationellen 45 Prozent einen Job, in Deutschland undenkbar.

Ein gutes Beispiel für eine Abhängigkeit des Kinderkriegens von Staatsförderung ist Schweden. Dort stieg die Geburtenrate zwischen 1980 und 1990 infolge eines großzügigen Kinderprogramms. Dann musste das einst vorbildliche, sozialdemokratisch geprägte „Volksheim“ nach ökonomischen Einbrüchen die So-





Idealbild Großfamilie (in Italien)*: „La mamma“ wird zum Auslaufmodell

zialsleistungen für Familien zurückfahren, die Geburtenrate sinkt seither.

Dennoch kann das Land in manchen Punkten als vorbildlich gelten: So werden während des gesetzlich garantierten Elternurlaubs von 13 Monaten rund 80 Prozent des Gehalts fortgezahlt. Auch mit PR müht sich das Land stark um Kinderfreundlichkeit. Ex-Tennisstar und Frauenheld Björn Borg wirbt in einer selbst finanzierten Anzeige unverblümt: „F... for the future.“ Erfolgreich tat er es selbst, soweit bekannt, bislang nur einmal: Borg ist Vater eines Sohnes.

Die schwedische Außenministerin Anna Lindh verlässt, wenn es irgend geht,

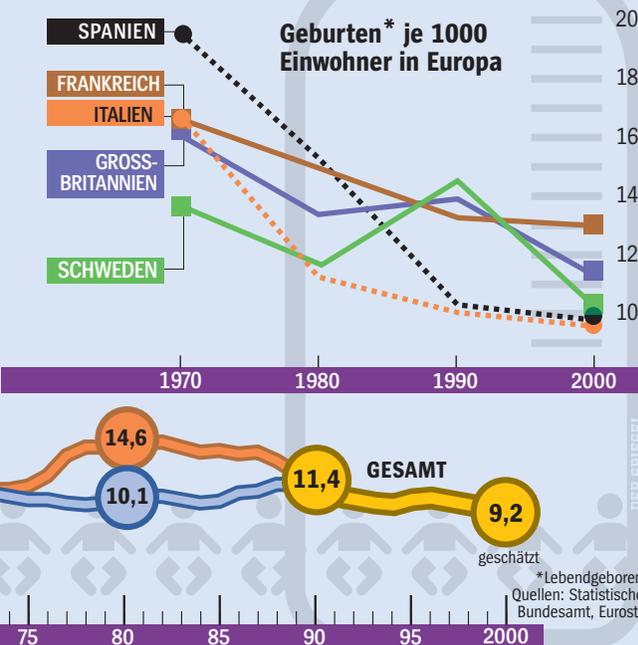
unter dem Beifall der schwedischen Öffentlichkeit das Ministerium am späten Nachmittag, um ja mit dem Vorortszug Mann und zwei Kinder zum gemeinsamen Abendbrot zu erreichen.

Nur rudimentäre politische und propagandistische Anstrengungen gibt es in Großbritannien – und doch weist das Vereinigte Königreich noch immer eine Geburtenrate von 1,7 Kindern aus: das vielleicht interessanteste Beispiel dafür, dass Fortpflanzung nicht ausschließlich durch ökonomische Rationalität bestimmt ist. Dabei ist das Kindermachen und -großziehen auf der Insel längst zum Luxus geworden.

So kostet ein privater Kindergartenplatz in London durchschnittlich 2500 Mark im Monat, eine ebenfalls nicht steuerlich absetzbare Kinderfrau rund 1500 Mark. Kein Wunder, dass immer mehr Kinder in reichen Familien geboren werden, während sich die Armen weniger Nachwuchs leisten.

Geburtenstark unter den sozial Schwachen sind nur die ganz jungen Britinnen. Das Königreich hält die erste Stelle unter den Teenager-Schwangerschaften in Westeuropa: Auf der Insel gibt es fast dreimal mehr Teenie-Mütter als in Deutschland.

* In dem Film „La Famiglia“ von Ettore Scola, 1987.



im Schnitt 3865 Mark über gut 700 Mark weniger Nettoverdienst als kinderlose Ehepaare (4580 Mark). Zwar müssen die Kinderlosen höhere Steuern zahlen, doch der Verzicht eines Elternteils auf Erwerbstätigkeit wiegt unter dem Strich schwerer.

Noch krasser wird das Einkommensgefälle zwischen Eltern und Kinderlosen, vergleicht man die Beiträge, die jedem Familienmitglied zur Verfügung stehen. Kinderlose Paare in Baden-Württemberg kommen pro Kopf auf 2545 Mark netto. Familien mit einem Kind verfügen über 37 Prozent weniger (1594 Mark), mit zwei Kindern sind es 49 Prozent (1296 Mark), mit drei Kindern sogar 57 Prozent weniger (1087 Mark).

Am härtesten trifft es allein erziehende Mütter: Ihr Pro-Kopf-Einkommen fällt mit



Kunden im Lifestyle-Shop

Kinder kriegen nur die Dummen

knapp 900 Mark 64 Prozent geringer aus als das der kinderlosen Paare.

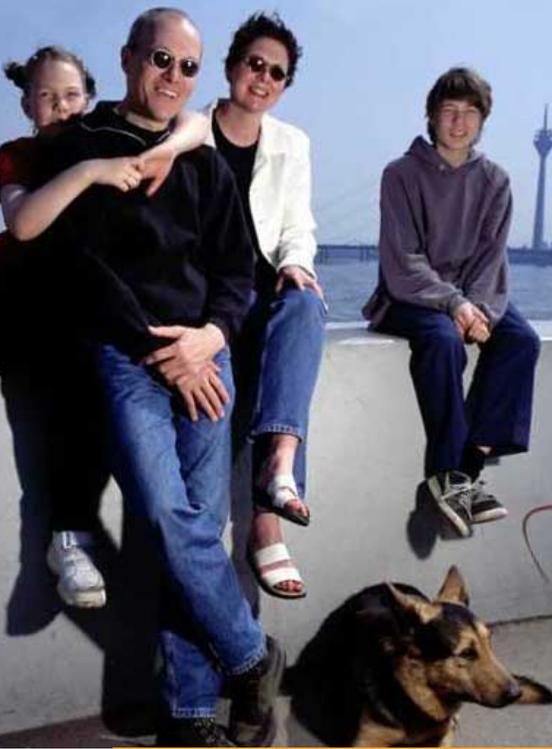
Mütter ohne dazugehörige Väter sind die Verlierer der bisherigen Familienpolitik, mit Abstand weisen allein Erziehende die höchsten Sozialhilfequoten auf. Jede vierte, die ohne Partner zwei Kinder versorgt, bezieht Hilfe zum Lebensunterhalt. Von den drei Millionen Sozialhilfeempfängern ist inzwischen jeder dritte ein Kind.

So hat sich, entgegen allen Beteuerungen der Politik, die Situation der Familien nicht verbessert, im Gegenteil: „Nie ging es Familien so schlecht wie heute“, resümiert der Familien-Jurist Borchert.

Genug gejamert. Die Laune am sozialpolitischen Abgrund ist verblüffend gut.

In Wahrheit, das ergaben Umfragen, wünschen sich viel mehr Menschen Kinder, als sich trauen. Und die Sehnsucht nach der heiligen Familie ist geradezu überwältigend. Die Zahl derer, die Familie für ihr eigenes Wohlbefinden „sehr wichtig“ finden, so ermittelte die Gesellschaft sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen in regelmäßigen Erhebungen, stieg in Westdeutschland sogar von 68 Prozent im Jahr 1980 auf 80 Prozent im Jahr 1998.

„Wie kaum eine andere Institution scheint die Familie geschaffen, gleichzeitig unserem biologischen Erbe, gesellschaftlichen Anforderungen wie auch tiefen exis-



Familienidylle 2000
Gute Laune am Abgrund

Trotz Scheidungsrate, trotz aller unvollendeten Projekte des Feminismus, trotz der Einschränkung sexueller Unabhängigkeit: Der Traum vom verlässlichen Zusammenleben – als Mann und Frau, als Frau und Frau, als Mann und Mann – ist in den Köpfen der Jungen nicht ausgeräumt.

Hupend fahren die Hochzeitskonvois zum Standesamt oder zur Kirche. Weiß und teuer kleidet sich die Braut. Und wenn es zur Traumhochzeit nicht reicht – es gibt Entsprechendes im Fernsehen.

Den fühllosen Frauenflachlegern und den herumvögelnenden Schlampe begegnet

ren: „Wenn Frauen und Männer entscheiden, keine Kinder haben zu wollen“, sagt Schröder, könne man nichts machen. „Wir machen in unserer offenen Gesellschaft keine Ein-, Zwei- oder Kein-Kind-Politik.“

Gerade in Deutschland ist jeder staatliche Versuch, Einfluss auf das Familienleben zu nehmen, ohnehin eine Gratwanderung. Der Plan, das eigene Volk zu mehr Fortpflanzung zu bewegen oder gar zu zwingen, ist durch die Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten diskreditiert. Länder mit einschlägiger Vergangenheit – Deutschland, Japan, Italien, Österreich und Spanien –, die den Mutterkult auf die Spitze getrieben haben, weisen heute weltweit die niedrigsten Geburtenraten auf.

A. HUB / LAIF (li.); W. MCRIDE / FOCUS PLUS / XXP (re.)



Familienidylle 1960
Vaters Rente ist sicher

tenziellen Bedürfnissen gerecht zu werden“, beschreibt der Heidelberger Familienforscher Helm Stierlin die Zählebigkeit der Sozialform Familie.

Die Liebe in den Zeiten der Rentenreform: Eine SPIEGEL-Umfrage (50/1998) unter jungen Leuten brachte erstaunlich viel Familiengefühl an den Tag: Nicht nur Sex erwartet der junge Mensch vom Leben – Seitensprünge sind regelrecht tabu –, sondern Geborgenheit. 70 Prozent aller Jugendlichen sind überzeugt, dass eine Liebe ein Leben lang halten kann.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, gab es lange nicht mehr so viel Bereitschaft in der jüngeren Generation, das Abenteuer des Zusammenlebens zu wagen. 90 Prozent der Jugendlichen träumen davon, später zu heiraten.



Familienbande als Kunstobjekt (1970)*: Ökonomisch überflüssig

man eher noch in Gestalt argumentativ abgeschlagener Pappkameraden in den Kabinetten der Talkshows. Sogar Superstar Madonna, einst die weibliche Verheißung für laszive Ausschweifung, arbeitet – zumindest verbal – heute brav auf der Baustelle familiärer Beziehung: „Meine größte Herausforderung ist es, meine Zeit auszubalancieren, einerseits genug Zeit mit meiner Tochter zu verbringen, andererseits mich selbst glücklich zu machen in meiner Karriere“, gestand sie dem US-Fernsehmann Larry King, sie bekenne sich zur bürgerlichen Sehnsucht nach Ehe und Familie.

Nach der gescheiterten Ehe mit dem Schauspieler Sean Penn heiratete sie prompt den nächsten Mann. Die Ehe selbst bleibe für sie ein „heiliges Ritual“.

Die Politiker, diese gefühllosen Kerle, sind wenig beeindruckt. Ob Frauen und Männer zusammenfinden und vor allem, was sie anschließend machen, meint der Kanzler, darüber könne man nicht regie-

„Der Mutterkult des Nationalsozialismus hat die bundesdeutsche Politik in Sachen Kinder in eigenartiger Sprachlosigkeit zurückgelassen“, urteilt Barbara Vinken, Autorin des Buchs „Die deutsche Mutter“**.

Auch in der DDR war Familienpolitik alles andere als ideologiefrei. Hinter dem Leitbild der berufstätigen Mutter steckte konkretes Staatsinteresse. Frauen wurden in der Produktion gebraucht; gleichzeitig konnte die DDR, wegen der steten Abwanderung gen Westen, auf stabile Geburtenraten nicht verzichten. Deshalb sei wichtig, so der VI. SED-Parteitag 1963, „dass die Frau den wachsenden Anforderungen beider Lebensbereiche gemäß ihr Leben gestalten kann, dass sie nicht in dem einen Bereich gravierende Zugeständnisse zu Gunsten des anderen Bereiches für notwendig erachtet“.

Anders als die Bundesrepublik stellte die DDR-Führung tatsächlich die notwendige Infrastruktur bereit, um ein Nebeneinander von Beruf und Familie zu ermöglichen. Ein dichtes Netz von Kinderkrippen und Ganztagskindergärten gab es bereits Ende

* Lebende Installation „Weltuntergang“, München.
** Barbara Vinken: „Die deutsche Mutter. Der lange Schatten eines Mythos“. Piper Verlag, München; 368 Seiten; 44 Mark; erscheint am 14. April.

der siebziger Jahre – eine Errungenschaft, die sich im Osten bis heute gehalten hat. Auch finanziell wurden Eltern kräftig unterstützt: Familienforscher schätzen den vom Staat getragenen Anteil der Kinderkosten auf 85 Prozent.

Eine echte Wahl allerdings hatten die Frauen auch im Osten nicht: Galt im Westen die berufstätige Mutter, die ihr Kind schon nach wenigen Monaten in die Krippe gab, als suspekt, standen die ostdeutschen Frauen unter starkem öffentlichem Druck, sich nicht auf ein Hausfrauendasein zurückzuziehen.

Mit der Wiedervereinigung veränderte sich das Familienverhalten der Ostdeutschen dramatisch. Angst vor der Zukunft, ökonomische Unsicherheit und die weniger familienfreundlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik senkten die Geburtenrate in nur drei Jahren um mehr als die Hälfte. Wurden 1989 in der DDR und Ost-Berlin noch 198 922 Kinder geboren, waren es 1992 nur 88 320.

Im heutigen Deutschland gebe es „keinen Konsens darüber, dass Kinder begehrenswert sind“, schreibt Barbara Vinken. Über Kinder rede die Allgemeinheit nur, „wenn es um den berühmten Generationenvertrag und die Rentenzahlungen geht“. Nicht anders machten es die Karlsruher Richter.

Bislang war das, was bundesdeutsche Familienpolitik unter dem Etikett „Familienförderung“ anbot, so meist auch nur eine Prämie für den Berufsausstieg der Frau. Langer Erziehungsurlaub, Ehegattensplitting und kostenlose Mitversicherung in der Krankenkasse belohnen den Karriereverzicht eines Partners, meist der Frau.

Wie familienfeindlich das ist, geht aus Untersuchungen hervor, die der Münchner Sozialforscher Wassilios Fthenakis angestellt hat. Fthenakis hat bei 175 Paaren die Depressivitätsverläufe des Mannes und der Frau von der Schwangerschaft bis 4 beziehungsweise 18 Monate nach der Geburt des ersten Kindes in Abhängigkeit von der

Berufstätigkeit der Frauen untersucht. Ergebnis: Wenn die Frau komplett aussteigt und sich auf das Dasein der Hausfrau und Mutter konzentriert, verfallen oft beide Partner in Depressionen. Weil ein Einkommen fehlt, muss der Mann mehr arbeiten und kann womöglich nicht der Vater sein, der er gern wäre. Sie dagegen vermisst ihre Arbeit und die gesellschaftliche Anerkennung.

Das Pfeifen aufs Familienleben ist das Begleitgeräusch neoliberaler Wirtschaftspolitik. Die Erfordernisse, die Globalisierung und Mobilisierung der Weltgesell-

In der mobilen Gesellschaft wird es für die Einzelnen immer schwieriger, zusammenzubleiben. Was den Trennungsgebeutel als persönliches Versagen erscheint, erweist sich als das Versagen eines Familienmodells, das eine männliche Arbeitsmarktbiografie mit einer lebenslangen Hausfrauenexistenz zu verzahnen wusste, nicht aber zwei Arbeitsmarktbiografien.

Das Dauerkunststück, so der Soziologe Ulrich Beck, zwei Karrieren zusammenzubinden, sei „so pauschal bislang keiner Generation zuvor“ zugemutet worden.

Dass es überhaupt ein Kunststück ist und keine Selbstverständlichkeit – das ist aus der Sicht des Staatsrechtlers Kirchhof eine flagrante Verletzung der Verfassung. Kirchhof, beim Verfassungsgericht einst Wortführer für eine gerechtere Familienpolitik, entnimmt dem Grundgesetz den Auftrag an die Politik, Beruf und Familie miteinander vereinbar zu machen – und zwar für Mütter wie für Väter.

Nur die Familie, nicht der Staat, so Kirchhof, garantiere die gesellschaftlichen Grundlagen von Freiheit, Moral und Wohlstand, die das Grundgesetz voraussetze. Mütter, nicht Manager und nicht Minister, seien letztlich die Garanten einer humanen Gesellschaft.

Mit großem Aufwand verabschiedete das Bundesverfassungsgericht so – meist aus Kirchhofs Feder – Konzepte zur Beseitigung der Ungerechtigkeiten für Mütter mehr noch als für Väter im Familienrecht, Steuerrecht und Sozialrecht. Der wichtigste Punkt für Kirchhof aber ist „die Chancengleichheit für Mütter im Beruf“.

Die Verantwortung, die da auf die Wirtschaftsliberalen um Tony Blair und Gerhard Schröder zukommt, formulierte der britische Soziologe Anthony Giddens: „Individualismus und Entscheidungsfreiheit sollen vor den Grenzen der Familie und der nationalen Identität abrupt Halt machen, weil hier die Tradition intakt bleiben muss.“ Gut gesagt, aber: „Durch nichts werden Traditionen so gründlich zersetzt wie durch die permanente Revolution der Marktkräfte.“

Nun hat die Revolution bald keine Kinder mehr. Und gerade die großen, globalen Unternehmen – siehe, Riester – lassen sich eine Art privater Familienpolitik einfallen, um den drohenden Nachwuchsmangel von der eigenen Firma abzuwenden.

Um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, haben immer mehr Unternehmen eigens dafür abgestellte „Di-



Verfassungskläger Müller, Familie: Zehn kleine Versorger

schaft an deren Mitglieder stellen, lassen sich nicht mehr mit den traditionellen Gebräuchen der Familien-Rudel vereinen.

Züchtet der erbarmungslose Weltmarkt Einzelwesen, so fragt der amerikanische Soziologe Richard Sennet, die moralisch und sozial zu luxuriöser Obdachlosigkeit verdammt sind? Und der New Yorker Philosoph Michael Walzer sieht in der westlichen Welt „eine postmoderne Gesellschaft von Fremden“ heranwachsen – woraus er indirekt schließt, dass er diesen Kindern der Globalisierung, Menschen „ohne fest umrissene, exklusive Identitäten“, allenfalls sehr, sehr viel Verständnis füreinander empfehlen kann.

Lieber ohne Kind Struktur deutscher Haushalte 1999

DER SPIEGEL



versity-Manager“ oder „Projektleiter Chancengleichheit“ ins Haus geholt. „Wer seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen motivieren, halten oder neue gewinnen will, kann das Thema Familie heute nicht mehr außen vor lassen“, sagt Barbara David, Projektmanagerin für Chancengleichheit bei der Commerzbank in Frankfurt. Schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen: Eine qualifizierte Frau, die sich entscheidet, zur Familiengründung aus dem Beruf auszuweisen, kostet ein Unternehmen viel Geld. Etwa anderthalb Jahresgehälter sind im Durchschnitt erforderlich, um eine neue Fachkraft zu finden und einzuarbeiten.

Der „war for talents“, wie die verschärfte Konkurrenz um qualifizierten Nachwuchs in den USA heißt, macht es immer schwieriger, geeignete Mitarbeiter zu finden. Frauen außen vor zu lassen, kann sich niemand

Unionspolitiker Stoiber (u.), CDU-Wahlplakat
Prämie für den Berufsausstieg



mehr leisten. „Um unseren Bedarf decken zu können, müssen wir für alle potenziellen Bewerber ein attraktiver Arbeitgeber sein“, sagt Gerhard Weiß, Beauftragter für Chancengleichheit bei der Lufthansa.

Dabei spielen die Angebote auch für Väter eine wachsende Rolle. Längst nicht jeder berufstätige Mann hat heute noch eine Frau, die den Haushalt und die Kinder versorgt. Mit steigender Erwerbstätigkeit der Frauen tragen darum verstärkt auch Männer ihre Wünsche vor. Ein Trend, den Lufthansa unterstützt: „Wir ermuntern die Männer zu bekennender Vaterschaft“, sagt Weiß. „Weil wir überzeugt sind, dass in der Familie soziale Kompetenzen erworben werden können, die auch dem Unternehmen nützen. Außerdem sind glückliche Mitarbeiter meist deutlich produktiver.“

Das Unternehmen bietet vielfältige Arbeitszeitmodelle an: Teilzeit, Gleitzeit, Teilzeit kombiniert mit Telearbeit, Jahresarbeitszeitkonten, Sabbaticals. Alle Angebote richten sich stets ausdrücklich an Frauen und Männer. Für den Arbeitgeber sind solche Spezialarrangements selten ein Nachteil: „Wer sich so genau überlegt, wie er arbeiten will, ist meist hoch motiviert und will auch beweisen, dass es klappt.“

Um die konkreten Bedürfnisse von Eltern im Betrieb genauer zu erfassen, hat Ford an seinen Standorten Köln-Niehl und

Familie wählen!

CDU



mutlich zu Hause bleiben müssen. Außerdem arbeiten Eltern spürbar konzentrierter, wenn sie ihre Kinder gut betreut wissen.“ Die einzelnen Bankfilialen haben zudem ein Budget, aus dem sie Zuschüsse zur regulären Kinderbetreuung zahlen können.

Umdenken bedeutet auch, sich von Irrtümern zu verabschieden. Früher bot die Commerzbank ihren Mitarbeiterinnen ein viertes Jahr Erziehungsurlaub an. „Das war das falsche Signal“, sagt Barbara David heute. „Wer zu lange aussteigt, hat es schwer, zurückzukommen.“

Inzwischen ist die Einsicht immerhin bis zum Bundeskanzler vorgedrungen, dass „Frauen sich nicht wegen 30 Mark mehr Kindergeld für Kinder entscheiden, sondern dann, wenn die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt ist“.

Saarouis eine Studie in Auftrag gegeben. Erstes Ergebnis: Seit Februar gibt es im Ford-Werk Köln-Niehl eine Notfall-Kinderbetreuung. Wenn die Tagesmutter krank wird oder Schulstunden ausfallen, können Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ihre Kinder im Alter von sechs Monaten bis zwölf Jahren im „Ford Pänz“ abgeben, einem Hort direkt vor den Werkstoren.

Ein ähnliches Modell praktiziert die Commerzbank in Frankfurt mit ihrer Einrichtung „Kids & Co“. Für das Unternehmen habe die Notfall-Kinderbetreuung gleich zwei Vorteile, sagt Barbara David: „Wir vermeiden Ausfälle – der Vater oder die Mutter hätte ohne unseren Bedarfskindergarten ver-

Dass dies wirklich etwas bringen könnte, zeigt der Blick ins Ausland. Die höchste Geburtenrate in Europa, 1,86 Kinder pro Frau, weist das Land auf, das mit 75,3 Prozent zugleich auch die höchste Frauenerwerbsquote hat: Norwegen. Das Schlusslicht in beiden Kategorien bildet Spanien, mit nur 48 Prozent erwerbstätigen Frauen

SPD-Politikerin Bergmann, SPD-Wahlplakat
Die Revolution hat bald keine Kinder mehr



und ebendrum durchschnittlich 1,14 Geburten pro Frau.

Es gibt, so folgert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Renate Schmidt, Leiterin des SPD-Forums Familie, „einen signifikanten Zusammenhang zwischen der Geburtenrate eines Landes und der Erwerbsbeteiligung der Frauen“. Harmonisierung von Familie und Arbeitswelt, so ihre Forderung, „muss deshalb Hauptziel der Familienpolitik der SPD auf allen Ebenen sein“.

Dass das alles nur über eine völlige Neukonstruktion der Familienpolitik geht, ist noch immer eine Art Staatsgeheimnis. Bislang unveröffentlicht ist das Dossier einer Expertenkommission im Haus der Berliner Familienministerin Christine Bergmann. Titel: „Gerechtigkeit für Familien“.

Die Politiker, so schreiben die 19 Wissenschaftler des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen, unter ihnen Psychologen und Volkswirtschaftler, müssen alle Anstrengungen unternehmen, um Familie und Arbeit miteinander vereinbar zu machen, „ohne die Erwerbskarriere und die Rentenbiografie nachhaltig zu beeinträchtigen“.

Das gehe nur über den massiven Ausbau der Kinderbetreuung, Tageseinrichtungen,

PFEIFEN AUFS FAMILIENLEBEN

IST DAS BEGLEITGERÄUSCH

NEOLIBERALER POLITIK

so heißt es in dem Gutachten, sollten „für alle Kinder beitragsfrei zugänglich sein“.

Die Wissenschaftler fordern nichts weniger als einen „Paradigmenwechsel“ in der Familienpolitik. Das Verhältnis der Leistungen, die Familien für die Gesellschaft erbringen und von ihr beziehen, müsse völlig neu geregelt werden.

So müsse das tatsächliche Existenzminimum der Kinder, genau wie das der Erwachsenen, komplett von der Steuer befreit werden. Zu diesem Zweck schlagen die Wissenschaftler „einen einheitlichen Kinderfreibetrag“ vor.

Als Ausgleich für die Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, sollen die Familien mit einem zusätzlichen einheitlichen Kindergeld entschädigt werden. Genaue Angaben zur Höhe dieser Maßnahmen macht der Beirat nicht, doch weist er ausdrücklich darauf hin, „dass die bisherigen familienpolitischen Leistungen nicht ausreichend sind“.

Für Kinder aus einkommensschwachen Familien schlagen die Wissenschaftler zusätzlich ein neues „Kinderfördergeld“ vor. Auch in der Rentenversicherung kommen Eltern nach Ansicht der Wissenschaftler bislang viel zu kurz: „Der Beirat empfiehlt daher, die Anrechnung von Kindererziehungszeiten über die bestehende Regelung von drei Jahren pro Kind hinaus auszuweiten, insbesondere wenn mehrere Kinder erzogen werden.“ Das erste Kind

zählt einfach, das zweite doppelt, das dritte dreifach.

Familienrechtler Kirchhof hat einen weitergehenden Vorschlag. Ein Erziehungsgeld, mindestens 2000 Mark pro Kind, soll Mütter oder Väter in die Lage versetzen, frei zu entscheiden, entweder eine Kinderbetreuung anzustellen und weiter dem Beruf nachzugehen oder das Geld zu behalten, um es später als Startkapital für den Wiedereinstieg zu investieren.

Wo das Geld für solche Pläne herkommen soll, ist für manche Experten schon ausgemacht: Rund 40 Milliarden Mark im Jahr bekäme der Staat flüssig, schaffte er das Ehegattensplitting ab.

Die Prämie fürs Nichtstun eines Ehepartners ohne Kinder ist allerdings – nicht zuletzt nach Kirchhofs Ansicht – verfassungsrechtlich geschützt. Gleichwohl gilt sie als ungerecht.

Paare, die verheiratet sind, werden auch, wenn sie keine Kinder haben, so milde besteuert, als hätte jeder von ihnen die Hälfte des Einkommens erzielt. Besteht also zwischen den Eheleuten ein großes Einkommensgefälle, entrichten sie weit weniger Steuern als Paare ohne Trauschein.

Der Abbau solcher Privilegien für Kinderlose wäre zugleich ein Signal: Auch die nächste Generation der Deutschen wird nicht vom Storch gebracht.

Erst wenn die Familie der Gesellschaft wieder heilig ist, das ist die Drohung des Karlsruher Urteils, lässt sich der Generationenvertrag wieder in Kraft setzen. Allerdings zu geänderten Geschäftsbedingungen.

Der Kölner Wirtschaftswissenschaftler Johann Eekhoff, Autor eines neuen Buchs über „Verlässliche Alterssicherung“, hat ausgerechnet, wie das Sozialsystem wieder auf einen tragfähigen Generationenausgleich zu gründen wäre: Wer mindestens zwei Kinder großzieht, hat danach Anspruch auf die vollen gesetzlichen Pflege- oder Rentenleistungen. Wer weniger Nachkommen zur Welt bringt, dem werden die Leistungen um



S. SAUER

Familie Dewald: „Flugreise? Unbezahlbar“

Wenn Kornelia Dewald, 41, von ihrem ABM-Gehalt etwas abknapsen kann, kommt das in die Reisekasse. Auch Urlaubs- und Weihnachtsgeld von Ehemann Andreas, 43. So reicht es meist für drei gemeinsame Wochen im Jahr, mal Schweden, mal Frankreich oder Dänemark. Urlaub vom Kochen und Putzen hat sie in einer Ferienwohnung zwar nie, sagt die Sozialarbeiterin – aber „Hotel- und Flugreisen mit vier Kindern? Unbezahlbar“. Genauso wie Markenjeans für ihre beiden Mädchen Bianca, 12, Kristin, 14, und die zwei Jungen Johannes, 9, und Christof, 19. Den

Führerschein und Gebrauchtwagen hat sich der Älteste beim örtlichen Postamt selbst erjobben müssen. Und an eine „bombastische Abi-Feier“ ist nicht zu denken. Auch die Kleinen wissen schon, was Sparen heißt: Ausflüge ins „Blub“, das Berliner Badeparadies, das keinen Familienrabatt gibt, bleiben ein Kindertraum. In ihrem schmucken Klinkerbau wohnen die Dewalds jetzt fünf Jahre. Vor allem wegen der Kinder zog es sie aus der Großstadt. „Das Haus ist auch unsere Altersvorsorge“, erklärt Kornelia Dewald, „zusätzlich privat ist da nichts drin.“

Die Besser- verdienenden

Familie Dewald aus Börnicke, vier Kinder, zwei Einkommen, in Mark

Monats-einkommen brutto	8826,-
Abzüge gesamt davon...	3282,-
...Steuer	1469,-
...Sozialversicherung	1813,-
verfügbares Einkommen inkl. Kindergeld	6624,-
Miete, warm	2400,-
Lebensmittel und Kleidung	2500,-
Sonstige Fixkosten	1600,-
zur freien Verfügung	124,-

DER SPREBEL

25 oder 50 Prozent gekürzt, und er muss zusätzlich privat vorsorgen.

Eekhoffs Modell setzt damit um, was die Karlsruher Richter fordern. Kinderlose müssen deutlich mehr Beiträge für ihre soziale Sicherung leisten als Eltern. Eekhoffs Ökonomen-Kollege Hans-Werner Sinn, der bereits vor Jahren ein ähnliches Modell entwickelt hat, hält das für „keinesfalls ungebührlich“. Wer keine Nachkommen groß-

zieht, müsse eben „die eingesparten Gelder am Kapitalmarkt anlegen, um seine Rente auf diese Weise zu sichern“.

Für das staatliche Transfersystem hätte ein solcher Umbau noch einen weiteren Vorteil: Das System wäre immun gegen Veränderungen bei der Bevölkerungsentwicklung, die staatliche Alterskasse würde immer nur genau so viele Leistungen versprechen, wie Beitragszahler nachwachsen.

Unter den Berliner Sozialpolitikern aller Parteien wurden solche Vorschläge bis vor kurzem noch als skurrile Außenseiter-Meinungen verlacht. Als etwa Unionspolitiker wie der frühere Postminister Christian Schwarz-Schilling oder der Sozialexperte Andreas Storm ähnliche Vorschläge machten, verwarf sie Norbert Blüm, damals noch Arbeitsminister, sofort als „systemuntauglich“. Solche Vorschläge seien bestenfalls „der neueste Hit auf dem Jahrmarkt des Interessanten“, höhnte der Rentenmann. Den FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff erinnerte die Idee einer Kinderprämie bei der Rente gar an „eine Art Sprunggeld, so etwas gibt es in der Landwirtschaft“.

Seit es den Fall Müller gibt, lacht niemand mehr.

THOMAS DARNSTÄDT,
NIKOLAUS VON FESTENBERG, SUSANNE FISCHER,
ANGELA VON GATTERBURG, TINA HILDEBRANDT,
ALEXANDER JUNG, HEIKO MARTENS,
ALEXANDER NEUBACHER,
CHRISTIAN REIERMANN, MICHAEL SAUGA

Baby-Pflegekurs für junge Väter (in Köln): „Heiliges Ritual“



ZANETTINI/UMF